

Wir im SüdOsten



WiSO – Die Zeitung der CDU Treptow-Köpenick

Ausgabe 3/2019 | cdu-tk.de

30 Jahre Mauerfall – wie ist das Lebensgefühl 2019? auf Seite 2
Infrastrukturprobleme in Altglienicke lösen auf Seite 3



Sehr geehrte Damen und Herren,

Liebe Treptow-Köpenicker,

das Jahr 2019 neigt sich langsam, aber mit großen Schritten dem Ende zu. Mit dieser Zeitung halten Sie die seit 2018 insgesamt fünfte Ausgabe in den Händen, gestaltet von ehrenamtlich tätigen Mitgliedern der CDU, welche sich in unseren Ortsteilen engagieren. Diese Gelegenheit möchte ich nutzen, all jenen zu danken, die tagtäglich Großartiges für unsere Gesellschaft leisten! In Sportvereinen, Bürgervereinen, bei der Freiwilligen Feuerwehr, in Pflegeeinrichtungen, der Nachbarschaft oder wo auch immer es um Gemeinschaft und Zusammenhalt geht.

Für das neue Jahr wünsche ich mir mehr wechselseitige Wertschätzung, mehr Respekt und ein stärkeres Bewusstsein dafür, in welchen guten Zeiten wir leben dürfen! Bei allen Herausforderungen, nie gab es mehr Chancen, diese gemeinsam zu bewältigen. Einige Errungenschaften, darunter auch Erfolge politischer und gesellschaftlicher Arbeit, möchte ich Ihnen mit diesen Zeilen übermitteln:

Wussten Sie schon, dass...

...die Berliner Polizei eine kostenfreie **Einbruchschutzberatung** ermöglicht? Der damalige Innensenator Frank Henkel schaffte 2012 die Gebühren vollständig ab. Die Beratungsstelle steht telefonisch zur Verfügung, hierbei können auch Termine vor Ort in privaten Wohnräumen oder Gewerbebetrieben vereinbart werden: 030-4664979999. Ebenso finden Sie unter www.kfw.de Informationen über staatliche Fördermöglichkeiten für Einbruchschutzmaßnahmen.

...jährlich die **Bürgermedaille** an Persönlichkeiten des Bezirks für herausragende Leistungen und bürgerschaftliches Engagement verliehen wird?

Noch bis zum 31.12.2019 können Vorschläge mit ausführlicher Begründung und Angaben zum Lebenslauf form-

los von natürlichen und juristischen Personen an das Bezirksamt gerichtet werden: sabrina.kirmse@ba-tk.berlin.de oder postalisch an das Bezirksamt Treptow-Köpenick, Büro Bezirksbürgermeister, PF 910240, 12414 Berlin.

...es ein Soforthilfetelefon für vereinssame ältere Menschen gibt?

Das Silbernetz-Telefon steht tagtäglich von 8 bis 22 Uhr kostenfrei unter 0800-4708090 zur Verfügung. Egal, ob Sie sich in einer Krise befinden, einen Rat brauchen oder einfach nur reden möchten. Ebenso werden feste Telefonkontakte und weitere Hilfeangebote vermittelt.

...es gesunden und wohlschmeckenden Honig aus Treptow-Köpenick gibt und wie dieser entsteht?

Nächste Gelegenheit einen Fachvortrag samt Verkostung zu besuchen, besteht am 07.12.2019 ab 10:30 Uhr im CDU-Bürgerbüro, Dörpfeldstraße 51. Aufgrund begrenzter Kapazitäten wird um eine Anmeldung gebeten: Tel. 030-63979871 oder cdu-kv-tk@arcor.de.

...verschiedene Kältehilfeangebote für Obdachlose zur Verfügung stehen?

Einerseits gibt es die Unterbringungspflicht durch das Bezirksamt, niemand muss obdachlos sein, andererseits die Möglichkeit der Notübernachtung oder

ersten Hilfestellung in der kalten Jahreszeit ab 18 Uhr über den Wärmebus des DRK (Tel. 030-6003001010) und zwischen 21 Uhr und 3 Uhr die Kältebusse der Berliner Stadtmision unter 0178-5235838. Weitere Angebote, auch in Form einer App: www.kaeltehilfe-berlin.de.

...beim Bürgeramt eine kostenfreie Mieterberatung angeboten wird?

Die Beratung zu Mietverträgen, Betriebskosten, Mieterhöhungen oder zum Kündigungsschutz steht jeweils dienstags von 11 bis 18 Uhr und donnerstags von 16 bis 19 Uhr im Rathaus Köpenick zur Verfügung. Erforderliche Anmeldungen sind unter 030-902972732 möglich.

...in Treptow-Köpenick immer mehr kostenfreie Lastenräder gibt?

Sehr gut geeignet für den Wochenendeinkauf oder zum Beispiel für kleinere Umzüge. Standorte und Buchungsmöglichkeiten: www.fahrradtk.de.

...Schlaglöcher schnell direkt gemeldet werden können?

Gerade in der kalten Jahreszeit besonders relevant: Dem Tiefbauamt Treptow-Köpenick können entdeckte Schäden zur Prüfung und Behebung direkt gemeldet werden: 030-902975501 oder info-tiefbauamt@ba-tk.berlin.de.

...Sie die Kummer-Nummer der CDU-

Fraktion Berlin bei Ihrem Ärger mit Behörden unterstützt?

Die Kummer-Nummer erreichen Sie montags 15 bis 17 Uhr, donnerstags 9 bis 11 Uhr und freitags 10 bis 12 Uhr unter 030-23252837 oder via hilfe@kummer-nummer.de. Näheres unter www.kummer-nummer.de.

...Anfragen an Bezirksamt und Senat über die CDU möglich sind?

Binnen eines Monats sorgen unsere gewählten Volksvertreter im Bezirk und auf Landesebene dafür, dass Sie Antworten auf Ihre Fragen zu bezirks- und landespolitischen Themen von den zuständigen Bezirksstadträten oder Senatsmitgliedern erhalten. Bitte nutzen Sie hierzu die Kontaktdaten am Ende dieses Artikels!

Zu welchen Themen hätten Sie gern nähere Informationen oder unsere Positionen? Welche Inhalte wünschen Sie sich in einer der nächsten Ausgaben dieser Zeitung? Gern können Sie mir Ihre Anregungen und Fragen mitteilen: 030-65075392 oder bueror@penn-tk.de.

Mit bestem Gruß

Maik Penn, MdA
Kreisvorsitzender

Einladung zur Veranstaltung



CDU TREPTOW-KÖPENICK

“Einblicke und Ausblicke in die Bundespolitik”



Mittwoch, 11. Dezember 2019 ab 19 Uhr



WISTA Adlershof, Rudower Chaussee 17, 12489 Berlin



Julia Klöckner

Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft
Stellv. Vorsitzende der CDU Deutschlands



Maik Penn, MdA

Sozialpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion Berlin
Kreisvorsitzender der CDU Treptow-Köpenick

Eine Anmeldung ist nicht notwendig. Kontakt: info@cdu-tk.de oder 030 639 798 71

Treuhandanstalt

Der Fall der Mauer war eigentlich nur noch das äußere Zeichen des Zusammenbruchs eines Staates. Die Flüchtlingsbewegungen des Jahres 1989 von Ost nach West haben die Diktatur des Proletariats bis ins Mark getroffen. Als die jungen Familien in Prag ihre Kinder über den Botschaftszaun geworfen haben, gab es keine plausible Begründung mehr für den Bestand eines sozialistischen Staates.

Die von Bürgerrechtlern in Leipzig und anderen Städten der DDR angeführten Großdemonstrationen haben dem Staat, der nach dem Schürerbericht bereits zahlungsunfähig war, endgültig das Rückgrat gebrochen. Am 4. November 1989 auf der Großdemo in Berlin ist mir endgültig bewusst geworden, dass jetzt Schluss ist mit all diesen Phrasen von der Überlegenheit des Sozialismus. Fünf Tage später war die Mauer gefallen.

Jetzt begann wohl das spannendste und ereignisreichste Jahr für den Osten Deutschlands. Keiner hatte einen Plan für diesen Fall auf dem Tisch. Noch im November legte Helmut Kohl sein 10-Punkte-Programm dem Bundestag vor.

Am 1. März 1990 hat die Modrow-Regierung die Gründung der Treuhandanstalt beschlossen, eine rein Ostdeutsche Erfindung. Modrow hat zu diesem Zeitpunkt bereits gesagt, dass zirka 30 Prozent der DDR-Industrie nicht zu retten sind. Mit der Wahl am 18. März 1990 kam neuer Schwung in die Entwicklung. Die Allianz für Deutschland unter Führung



der CDU ließ keinen Zweifel an der Absicht, einen schnellen Weg zur Deutschen Einheit einzuschlagen. Dieser Meinung waren dann auch die Koalitionspartner der Allianz aus SPD und FDP.

Die Regierung de Maiziere legte am 17. Juni 1990 der Volkskammer das Treuhandgesetz vor. Detlev Rohwedder wurde Anfang Juli zum Vorsitzenden des Verwaltungsrates berufen. Am 1. Juli wurde die Währungsunion umgesetzt und die D-Mark eingeführt.

Es war klar, dass der jetzt beginnende Transformationsprozess in Wirtschaft und Gesellschaft nicht ohne Schmerzen ablaufen kann. Klaus von Dohnanyi schrieb dazu: „Wem die Bewohner der DDR ihre heutigen Probleme verdanken - nicht der neuen Freiheit und nicht dem Markt, sondern der Unverträglichkeit ihrer Gefängniswirtschaft mit Freiheit und Markt“. Die Treuhand, zu 80 Prozent ihrer Beschäftigten ehemalige DDR Bürger,

auch auf der Leitungsebene, war nicht die Ursache für viele Probleme, die zu lösen waren. Das war eindeutig der marode Zustand der Wirtschaft, der Zusammenbruch des gesamten RGW-Raumes, in dem 80 bis 90 Prozent der Absatzmärkte für die DDR-Wirtschaft lagen. Außerdem waren die VEB mit einer Arbeitsproduktivität von zirka 30 Prozent im Vergleich zu Westdeutschland völlig überfrachtet. Durch die Zerschlagung des privaten und genossenschaftlichen Klein- und Mittelstandsgewerbes 1972 wurden die Kombinate mit der Konsumgüterproduktion beauftragt. Alles sehr irrwitzige Konstruktionen.

Sicher wurden im Rückblick aus heutiger Sicht auch Fehlentscheidungen getroffen. Aber zu behaupten, dass die Treuhand an allen Problemen dieses Übergangsprozesses von der Sozialistischen Planwirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft Schuld ist, kann man als eine

Irreführung bezeichnen.

Kein Mensch spricht mehr über die sogenannte Kleine Privatisierung in deren Zug 22.340 Geschäfte und Kleinbetriebe sowie 3.000 mittelgroße Betriebe an die ehemaligen Eigentümer zurückgegeben wurden bzw. durch mutige und risikobereite Unternehmer gegründet wurden, die fast alle aus dem Osten waren.

Bezeichnend ist auch, dass ausgerechnet von der Partei Die Linke jetzt ein Untersuchungsausschuss zur Aufarbeitung der Arbeit der Treuhandanstalt gefordert wird. Der Fraktionsvorsitzende Dietmar Bartsch will wohl 30 Jahre nach dem Fall der Mauer noch beweisen, wie gut die Sozialistische Planwirtschaft war und wie verwegen die Kapitalisten aus dem Westen sich das dem Volk zustehende Vermögen der VEB angeeignet haben.

Der Versuch, das Vermögen der DDR über Anteilscheine auf die Bevölkerung zu übertragen, ist Gott sei Dank rechtzeitig gescheitert. Am Ende wurde aus dem Vermögen ein riesiger Berg von Schulden. Richard Schröder, der Vorsitzende der SPD-Fraktion in der Volkskammer 1990, nannte diese Idee erschreckend naiv.

Unter dem Strich können wir von Glück reden, dass der Einheitsprozess zwischen dem 9. November 1989 und dem 3. Oktober 1990 so zügig und ohne Gewalt abgelaufen ist. Es hätte auch alles anders kommen können.

von Fritz Niedergesäß, Ehrengast der CDU Treptow-Köpenick

30 Jahre Mauerfall – wie ist das Lebensgefühl 2019?



Die Euphorie war groß an diesem 09. November 1989 – der Mauerfall, die offene Grenze, später ist Deutschland wiedervereinigt.

Blick zurück: Auch der Treptower Norden war ja im kleinen „Dreiländereck“ mit den damaligen Westbezirken Kreuzberg und Neukölln eng verflochten. Hier zerteilte die Mauer nicht nur die Stadt, sondern sie schnitt sich mitten in einen lebendigen Kiez. Teilweise wurden die Häuser auf der einen Straßenseite von denen auf der anderen getrennt. Etliche Gebäude wurden zwangsgeräumt und später abgerissen, um ein freies Blick- und Schussfeld zu haben. Die Dramatik der Mauer wird in diesem Areal besonders deutlich. Inzwischen erinnert in der Stadtlandschaft unseres Bezirkes nur noch wenig an die einst monströse Grenze.

Und 30 Jahre später?

Gemeinsam mit Dr. Bertram Wieczorek, Arzt, Unternehmer und ehem. CDU-Politiker (u. a. Staatssekretär beim BMU unter Klaus Töpfer, 1990 – 1994) – Gast unserer OV-Veranstaltung im September 2019 - kamen viel-

fältige und lebendige Erinnerungen an diese historische Zeit und die Jahre danach auf. Dr. Wieczorek gab neben einem interessanten Blick „hinter die Kulissen“ des damaligen Politikbetriebs und einigen dazu passenden Anekdoten auch Impulse für eine lebhaft diskutierte Diskussion über die Herausforderungen der Jetzt-Zeit.

Wie ist das Lebensgefühl 2019?

Mehr als zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger in den neuen Ländern geben an, dass es ihnen im Osten deutlich besser geht als 1990. Und auch die Zahlen zeigen: Die Wirtschaftskraft in Ost-Deutschland ist von 43% (1990) auf 75% (2018) des westdeutschen Niveaus gestiegen – die Beschäftigung ist auf einem Höchststand.

Auch die Lebensverhältnisse im Ostteil von Berlin haben sich über die Jahre hinweg immer mehr denen im Westteil angeglichen. Zwar gibt es noch immer eine Einkommensklüfte: So erhalten die Westdeutschen bundesweit im Durchschnitt 3.434€ brutto im Monat, im Osten bekommt der Arbeitnehmer 2.707€ brutto. (Quelle: BA für Arbeit). Insgesamt nähern sich die verfügbaren Einkommen aber an. In Ostdeutschland sind Löhne und Renten in den vergangenen Jahren überproportional angestiegen, und wegen der niedrigeren Lebenshaltungskosten sind die Einkommen auf einem vergleichbaren Niveau mit dem Westen.

Im Land Berlin ist allerdings Wohnen teuer, knapp die Hälfte ihres Einkommens müssen Mieter dafür auf-

bringen. Wie der Mietspiegel 10/2019 zeigt, liegen in West-Berlin die Mieten bei 7,27 €/m², im Osten bei 6,58€/m². Bei Neuvermietungen kostet der m² z. B. in Köpenick durchschnittlich 11,07€/m², berlinweit muss man pro m² Mietwohnung sogar 13,44 € bezahlen. Wohnen in den Ost-Bezirken ist tatsächlich noch immer erschwerlicher als im Westen. Allerdings ist dort das mittlere Vermögen mit knapp 100.000€ auch viermal so hoch wie in der ehemaligen DDR.

Auch der Blick auf die Renten 30 Jahre nach dem Mauerfall ist interessant – nicht zuletzt deshalb, weil in Berlin derzeit (Stand: 2018) 19,2% der Bevölkerung 65 Jahre und älter ist. Tendenz steigend.

Im Jahr 2018 erhielten nach Angaben der DRV Rentner im Ostteil unserer Stadt durchschnittlich 1.160€ monatliche Altersrente (Frauen: 1.036€); im Westteil waren es 928€. Damit werden derzeit in Ost-Berlin bundesweit die höchsten Renten gezahlt. Die Gründe dafür sind vielfältig. Zum einen liegen sie in der Vergangenheit der ostdeutschen Frauen, die durchschnittlich mehr als die West-Frauen arbeiten sowie auch kürzere und seltener Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit aufgrund von Kindererziehung aufweisen. Dies ist auch in Berlin zu beobachten. Zum anderen gibt es für viele Ostberliner Bestandsrentner noch Anrechnungen von Beschäftigungszeiten aus der DDR. Schließlich spielt die bis 2024 geplante Renten-

angleichung eine Rolle, wonach dann in Ost und West derselbe Rentenwert gelten soll. Gleichzeitig wird der Hochwertungsfaktor abgesenkt, mit dem derzeit noch Ost-Gehälter bei der Rentenberechnung höher gewertet werden. Nach Aussage des DIW werden sich längerfristig – wegen dieser Effekte - die Unterschiede in den Rentenhöhen in Ost und West aber reduzieren. Künftig werden Jüngere, die in Ost-Berlin beschäftigt sind, mit geringeren Bezügen rechnen müssen. Die derzeitigen Rentner und Jahrgänge, die in nächster Zeit in Rente gehen, würden die Änderungen kaum zu spüren bekommen.

Jenseits der materiellen Lebensgrundlagen stellt sich aber auch die Frage nach dem Identitätsgefühl der Ostdeutschen. 30 Jahre nach dem Mauerfall würden sie mehrheitlich nicht ernsthaft in die DDR zurückwollen und schon gar nicht wieder die Mauer haben wollen, an der 139 Menschen sinnlos starben. Aber es stellt sich gerade für die ältere Generation immer noch die Frage nach der Anerkennung der Leistung ihres Lebens. Mancherorts wurde die Deindustrialisierung nach 1990 auch als „Plattmachen“ ihrer Lebensleistung gesehen. Auch die Jüngeren sehen u. a. Unterschiede in den Einkommen und bei den Karrierechancen. Hier ist in Sachen „Aufbau eines gesamtdeutschen WIR-Gefühls“ noch einiges zu tun.

von Sigrun Möller, Mitglied des Ortsvorstands Köpenick-Süd

Das Klimapaket der Bundesregierung, Aufbruch oder Stillstand?



Kürzlich hat das Bundeskabinett das Klimapaket verabschiedet und in das Gesetzgebungsverfahren gegeben. Die Reaktionen in der Öffentlichkeit fielen sehr unterschiedlich aus. Von Zustimmung über Skepsis bis zu Ablehnung wurden wieder alle Register gezogen. Besonders die Grünen kündigten entschiedenen Widerstand im Bundesrat an. In erfreulicher Einmütigkeit hatten die Koalitionsparteien ihre Vorhaben zum Klimaschutz auf nationaler Ebene bis zum Jahr 2030 vorgestellt.

Vier Elemente kennzeichnen das Klimapaket der Bundesregierung: erstens Förderprogramme und Anreize zur CO₂ Einsparung, zweitens die

Bepreisung von CO₂, drittens eine Entlastung der Bürger aus Einnahmen der CO₂ Bepreisung und viertens regulatorische Maßnahmen, die spätestens 2030 greifen sollen. Ein sehr komplexer Ansatz, der alle klimarelevanten Bereiche unserer Gesellschaft umfaßt und zu durchgreifenden Veränderungen in unserer Volkswirtschaft führen wird.

Zur Wahrheit eines solchen weitreichenden Vorhabens gehört natürlich auch die Tatsache, das ein umfassender Klimaschutz nicht zum Nulltarif zu haben ist. Deshalb wird es neben dem Einstieg in die Bepreisung von CO₂ ab 2021 von 10 Euro pro Tonne bis zu 35 Euro im Jahre 2025 Investitionen in umfangreiche Klimaschutzfördermaßnahmen und auch Entlastungen für die Bürger geben, die aus den Einnahmen des dann wirkenden Emissionshandels in Form von Zertifikaten finanziert werden. Dazu zählt die fortschreitende Senkung der Stromkosten durch Verringerung der EEG Umlage, die Erhöhung der Fernpendlerpauschale, die Entlastung von Wohngeldbeziehern, umfangreiche Förderungen und Steuern-

kungen im gesamten Gebäudebereich bei der energetischen Stadtsanierung. Weitere Anreize wird es beim Umstieg auf elektromobile Pkw geben, wozu auch weiterhin Plug-in-Hybrid und vor allem wasserstoffbetriebene Fahrzeuge zählen. Die Kaufprämien werden verlängert und bei Fahrzeugpreisen unter 40000 Euro angehoben. Die Ladeinfrastruktur soll weiter ausgebaut werden. Die Entwicklung von flüssigen und gasförmigen regenerativen Kraftstoffen wird unterstützt, wozu auch die Weiterentwicklung der CO₂ Speicherung als Kohlenstoffträger dient und die Entwicklung strombasierter Kraftstoffe (Wasserstoff). CO₂ arme Lkw, vorrangig mit Brennstoffzellenantrieb sollen gefördert werden mit entlastenden Effekten auf die Lkw Maut.

Um diese Entwicklung zu forcieren, wird sich die Kfz Steuer zukünftig stärker an den CO₂ Emissionen orientieren. Das Bahnfahren soll sich durch eine Absenkung der Mehrwertsteuer auf 7% im Fernreiseverkehr verbilligen, die Flugpreise angehoben werden.

Die DB erhält bis 2030 86 Mrd. Euro

für Investitionen in den Personen- und Güterverkehr und eine jährliche Eigenkapitalerhöhung von 1 Mrd. Euro, ebenfalls bis 2030.

Noch umfangreicher sind Programme im industriellen und landwirtschaftlichen Bereich. Die Dekarbonisierungsstrategie auf der Grundlage der Empfehlungen der Kohlekommission wird ambitioniert fortgeführt. Der Stromverbrauch aus erneuerbaren Energien soll bis 2030 einen Anteil von 65 % erreichen.

Wer sich dann mal durch das Klimapaket gearbeitet hat, stellt schnell fest, dass wir vor einem integrierten, vernetzten Programm stehen, das sich wie die Vorbereitung einer umfassenden Neuausrichtung unserer gesamten Wirtschaft und unseres zukünftigen Lebens versteht. Dazu müssen wir die Menschen mitnehmen. Wir alle müssen verstehen lernen, dass Klimaschutz uns allen viel bringen kann und zukunftsorientierte Technologien neue Arbeitsplätze in einer quasi revolutionierten Wirtschaftslandschaft unsere Zukunft sichert.

von Dr. Bertram Wieczorek, Mitglied im Kreisvorstand der CDU Treptow-Köpenick

Infrastrukturprobleme in Altglienicke lösen



Die mangelhafte Infrastruktur in Folge einer wachsenden Stadt ist weiterhin eines der Hauptprobleme in Altglienicke. Der Ortsteil zieht jedes Jahr neue Menschen sowohl aus den anderen Berliner Bezirken als auch aus anderen Bundesländern an. Es wird noch immer an verschiedenen Standorten in Altglienicke gebaut, wie zum Beispiel auf dem Grundstück an der Wegedornstraße/ Schönfelder Chaussee, auf der Fläche am Bohnsdorfer Weg/ Knospengrund, in der Venusstraße sowie in der Rudower Straße. Alle genannten Bauprojekte entstehen im Auftrag der Degewo. Dieser Wohnungsneubau ist zwar einerseits durch die wachsende Stadt notwendig, jedoch wächst die Infrastruktur nicht dementsprechend mit und Altglienicke verliert außerdem

weiterhin an Grünflächen. Kita- und Schulplätze, Senioreneinrichtungen, eine gute medizinische Versorgung, ein attraktiver ÖPNV, ausreichend Parkplätze, usw. gehören zu einer guten und modernen Infrastruktur. Durch die vielen Neubauprojekte, die mangelhafte Infrastruktur vor Ort und die nicht ausreichende Information und Einbindung von Anwohnern verstärkt sich bei mir der Eindruck, dass durch die Neubauvorhaben nicht nur viele Grünflächen in Altglienicke verloren gehen, sondern es einfach darum geht, möglichst viele Menschen auf einer so kleinen Fläche wie möglich unterzubringen. Die Lebensqualität ist dabei zweitrangig und es spielt scheinbar auch keine Rolle, welchen teilweise negativen Effekt die Bauvorhaben auf die Nachbarschaft haben. In diesem Zusammenhang haben mich in den letzten Wochen und Monaten zahlreiche Beschwerden von Anwohnern aus dem Bereich Wegedornstraße, Ortolfstraße, Dankmarsteig, Wolfmarsteig und Brunolfweg erreicht. Sie äußern ihren Unmut darüber, dass die Mieter des neuen Wohnquartiers der Stadt und Land zwischen Ortolfstraße und Schönfelder Chaussee vermehrt die umliegenden Straßen zum Parken ihrer Autos nutzen und damit der bislang für die Anwohner dieser Straßen existierende Parkraum direkt vor ihrem Wohneigentum verloren gegangen ist, was nicht gerade die Akzeptanz des neuen Wohnquartiers in der unmittelbaren Nachbarschaft fördert. Als Ihr Ansprechpartner im Wahlkreis Treptow-Köpenick 3 (Altglienicke, Adlershof) habe ich die Problematik dem Wohnungsunternehmen Stadt und Land geschildert, jedoch

hat das Unternehmen nur abweisend reagiert. Dabei trägt gerade ein kommunales Wohnungsunternehmen eine Mitverantwortung für eine positive und negative Entwicklung eines Ortsteils. So wären einfache Kommunikationsmaßnahmen gegenüber den Mietern ein erster Schritt, die Parkplätze innerhalb des neuen Wohnquartiers zu nutzen. Tiefgaragenparkplätze stehen hier noch zur Verfügung, jedoch sind zahlreiche Mieter nicht bereit, den Preis von 90 Euro monatlich für einen Parkplatz zu bezahlen. Um das Problem dauerhaft zu lösen, könnte Stadt und Land ihren Mietern einen Parkplatz kostenfrei oder zumindest preisreduziert zu der ohnehin schon hohen Miete anbieten. Das wäre tatsächlich im Sinne eines sozial agierenden Unternehmens, stattdessen ist das Verhalten der Verantwortlichen von Stadt und Land destruktiv und nicht hilfreich, weil sie sich einer lösungsorientierten Kommunikation verweigern. Einige der Mieter in diesem neuen Wohnquartier bestätigten mir, dass das Unternehmen sich auch bei anderen Problemen innerhalb des Wohnviertels wenig hilfsbereit zeigt und es scheinbar dort schlicht um Profit durch Mieteinnahmen geht.

Zumindest konnte mit Hilfe der Verkehrslenkung Berlin in der Ortolfstraße zwischen Wegedornstraße und Dankmarsteig ein dauerhaftes Halt- und Parkverbot erwirkt werden, so dass dort der Verkehr wieder fließen kann. Zuvor war hier durch das Parken der neuen Mieter die Straße in diesem Abschnitt nur noch einseitig befahrbar (siehe Bild). Nichtsdestotrotz bestehen die Probleme für die Anwohner der umliegenden Straßen nach wie vor. Zudem

wird jetzt auf der anderen Seite der Kreuzung Ortolfstraße/ Wegedornstraße dauerhaft geparkt, weil dort noch kein Halt- und Parkverbot existiert. Ich werbe weiterhin dafür, dass die Mieter des neuen Wohnviertels ihre Parkplätze nutzen und wir alle gemeinsam daran arbeiten, dass die Lebensqualität für die Anwohner in diesem Teil von Altglienicke erhalten bleibt. Anderenfalls sind Anwohnerparkausweise für die Wegedornstraße, den Wolfmarsteig, den Dankmarsteig sowie den Brunolfweg eine mögliche Lösung des Problems. Hier sind Politik und Verwaltung zum schnellstmöglichen Handeln gefordert. Je mehr Menschen auf einer gleich groß bleibenden Fläche zusammenleben, desto mehr braucht es Regeln und eine Ordnung, an die sich alle halten. Ich werde die Infrastrukturprobleme auch zukünftig ansprechen und Lösungen vorschlagen! Dabei ist auch die Unterstützung der Anwohner gefragt, die sich mit eigenen Schreiben an die Verwaltung wenden sollten. Gern gebe ich dazu die nötigen Kontaktdaten heraus bzw. stelle den Kontakt zu meinen Kollegen aus dem Berliner Abgeordnetenhaus, der Bezirksversammlung Treptow-Köpenick und dem Bezirksamt her.

Wo sehen Sie als Anwohner weitere Probleme und Handlungsbedarf? Kontaktieren Sie uns! Ich werde mich gemeinsam mit einer starken Mannschaft der CDU Altglienicke-Adlershof sowie mit der gesamten CDU Treptow-Köpenick für Ihre Anliegen einsetzen! Gern können Sie auch unsere Mannschaft mit einer Mitgliedschaft unterstützen!

von Julius Humme, Mitglied im Kreisvorstand der CDU Treptow-Köpenick

Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Die CDU Berlin hat sich in Hamburg ein neues Wahlprogramm gegeben. Soweit so gut. Die gute Nachricht ist, dass soziale Themen viel stärker Raum einnehmen. Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist dabei ein zentrales Thema. Dass beide Elternteile voll erwerbstätig sind, wird immer mehr zur Normalität und zur Bedingung für einen angenehmen Lebensstandard und damit zur Normalität.

Es mutet als Familienthema an. Leider muss man beim intensiveren Darüber-Nachdenken jedoch feststellen, dass das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht wirklich ein Familienthema, sondern nach wie vor ein Frauenthema ist. Das sieht man daran, dass immer noch Frauen, die berufliche Ziele haben, sich oftmals gegen Kinder entscheiden (müssen) - nicht die Männer. Kinder sind leider Gottes immer noch für die Mütter Hindernisse für das Erreichen ihrer beruflichen Ziele - nicht für den Vater. Zurückstecken müssen immer noch zum allergrößten Teil die Frauen - nicht die Männer.

Männer sind nach wie vor die Versorger, für die das Opfern der Karriere undenkbar ist. Kinder werden nach wie vor als Frauensache angesehen. Doch viele Frauen wollen nicht in finanzielle Abhängigkeit von ihren Männern geraten, die die Kindererziehung und die Schwierigkeiten des Wiedereinstiegs in den Beruf so oft mit sich bringt. Viele Frauen wollen etwas erreichen, das über das Managen

des Haushalts oder einen Teilzeitjob - oder gar beides zusammen - hinausgeht.

Frauen wollen nicht gefördert, sondern gleich behandelt werden. Wir brauchen daher einen Wandel in den Köpfen.

Vereinbarkeit heißt eben auch Chancengleichheit.

Männer unterstützen ihre Frauen wo es nur geht. Das zeigt die Erfahrung. An ihnen kann es also nicht liegen. Viele Väter wollen aktive, gleichberechtigte Väter sein. Sie wollen keine Hilfe, sondern Partner im Haushalt und bei der Kindererziehung sein. Was hindert sie also daran? Wie kann man erreichen, dass in Familie und Beruf mehr Gleichberechtigung und Chancengleichheit vorherrscht, so dass sich das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu einem wahren Familienthema entwickelt?

Das gravierendste Problem im Bereich Chancengleichheit sehe ich bei der Wahrnehmung der Mutter als potenziell ständig abwesende Arbeitskraft. Es hat etwas mit Erwartungshaltungen an die Arbeitnehmer zu tun. Denn von der Mutter wird erwartet, sich um das Kind zu kümmern, wenn es krank wird - nicht vom Vater. Unter anderem hier stoßen vielen Frauen an die berühmten gläsernen Decken. Wer Verantwortung übernehmen möchte, muss Einsatz zeigen. Somit bleibt die obere Führungsebene oftmals Männersache. Keine Rede von Chancengleichheit. Chancen haben hier maximal Frauen

ohne oder mit erwachsenen Kindern.

Vom Vater wird erwartet, dass er der Versorger ist, der zur Arbeit geht und sich zumindest nicht an Werktagen mit der Betreuung der Kinder befasst. Das ist Frauensache.

Wie soll die Chancengleichheit angesichts solcher Erwartungshaltungen also verwirklicht werden?

Chancengleichheit ist eben nicht nur Frauensache.

Wie kann der Wandel in den Köpfen stattfinden? Es bedarf der Arbeit mit den Arbeitgebern, der Modernisierung der Arbeitswelt, der Aktualisierung der Erwartungshaltung an die Arbeitnehmer, um einen Mentalitätswandel zu erwirken.

Meine Nachricht an Arbeitgeber lautet daher so: Gebt den Vätern die Chance, ebenso für ihre Kinder - auch Werktags - da zu sein. Gebt den Müttern die Chance, ihre Männer mit den Kindern ruhigen Gewissens zu Hause zu lassen, ohne dass einer von beiden um seinen Job fürchten muss, wenn er oder sie dadurch den aktuellen Erwartungshaltungen nicht gerecht wird. Die besten Mitarbeiter sind zufriedene Mitarbeiter.

Das Thema Work-Life-Balance ist bei vielen Unternehmen bereits angekommen. Sie stellen Müsli und Kicker zur Verfügung. Familien brauchen jedoch etwas anderes: Sie wollen füreinander da sein, wenn es gebraucht wird.

Echte Gleichstellung von Mann und

Frau als wichtiger Baustein bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss so aussehen, dass der Arbeitgeber damit rechnen muss, dass wie eine Mutter auch der Vater bei jeder zweiten Kinderkrankheit zu Hause bleibt.

Ergänzend sind weitere Reformen erforderlich, denn eine nach den beruflichen Verpflichtungen des Vaters ausgerichtete Tagesbetreuung sähe ganz anders aus und bedeutete z. B. viel längere bzw. flexiblere Kita- bzw. Hortöffnungszeiten.

Elternzeit und -geld müssen so reformiert werden, dass beide Eltern guten Gewissens die gleichen Zeiträume für sich beanspruchen können, anhand eines gemeinsamen Durchschnittsgehalts, so dass nicht gerechnet werden muss, wer mehr oder weniger Elterngeld erhält. Denn aktuell ist es leider so, dass Männer aus finanziellen Gründen quasi gezwungen sind, die Elternzeit möglichst kurz zu halten, um das Familieneinkommen nicht zu gefährden.

Wenn dieser Wandel in den Köpfen einmal vollzogen ist, wird die Vereinbarkeit von Beruf und Familie endlich wirklich ein FAMILIENThema sein. Dann könnten Mütter und Väter die Verantwortung zu gleichen Teilen tragen. Aktuell ist es das nämlich nicht. Ich fordere daher die reale Verlagerung des Themas Familie auf die Schultern beider Eltern.

von Julia Falkenberg, Mitglied im Kreisvorstand der CDA Treptow-Köpenick

Ein bißchen Heimatgeschichte (Teil 2) Jaxas Gelöbnis

Die Hufe des Pferdes donnerten über das märkische Land. Aus den Nüstern wehte weißer Schaum. Die Anstrengung ließ die Halsadern dick anschwellen. Mit äußerster Kraft raste das edle Tier dahin, geschunden und getrieben vom geharnischten Reiter, dem - der Stolz gebrochen - die Furcht im Nacken saß. Fürst Jaxa von Copnic war auf der Flucht.

Wie wild ritt er am linken Havelufer entlang, um in Spandau die rettende Brücke zu erreichen, die ihn wieder nach Copnic, in sein Reich, und damit in Sicherheit führen würde. Noch waren die feindlichen Verfolger dank seines treuen Pferdes nicht an ihn herangekommen. Er wusste, dass sie nach seinem Leben trachteten, das sie auslöschen wollten, so wie das seiner Kampfgefährten, mit denen er gen Brennabor (Brandenburg) gezogen und die Stadt 1150 (nach Christus) erobert hatte.

Nun war - sieben Jahre später - er, der große Wenden-Fürst, der raue Jaxa von Copnic und Herr über das ganze östliche Havelland, ein Flüchtling geworden.

Noch stärker trieb er sein Pferd an. Angst, Wut und Schmach zerfraßen seine Gedanken. Deshalb bemerkte er auch zu spät, dass nun eine Landzunge vor ihm lag, die plötzlich spitz zulief und im Wasser endete. Wild riss er sein Pferd herum. Zurück! Konnte er es noch schaffen, seinen Verfolgern zu entkommen?

Doch, nein. Es war zu spät. Der Wenden-Fürst saß in der Falle. Vor sich und zu seiner Rechten: triumphierende Feinde. Hinter sich und zur Linken: das Wasser der Havel. Schwerter blitzten. Schon richteten sich Lanzen auf ihn.

Da hob Jaxa das Banner seines Gottes

hoch und rief: „Triglaw, Gott meiner Väter, hilf mir jetzt in höchster Not!“ Dann gab er seinem Pferd die Sporen und riss es in das Wasser der Havel hinein, um das andere, das rettende Ufer zu erreichen. Das Pferd arbeitete tapfer gegen Wasser und Strömung an. Doch mitten im Fluss, der sich dort zu einem See ausweitete, sanken Ross und Reiter tiefer und tiefer. Kaum konnte das Pferd Maul und Nüstern noch über Wasser halten. Da rief Jaxa noch einmal: „Triglaw, verlass jetzt deinen treuen Diener nicht!“

Aber Triglaw half nicht. Jaxa fühlte das Wasser über seinen Harnisch schon an seinem Hals emporsteigen. Da kam ihm ein letzter, rettender Gedanke. Er warf das bisher fest umklammerte Triglaw-Banner weg und flehte laut: „Christus, wenn Du der wahre Gott bist, dann rette mich - und ich will Dein Diener sein!“ So rief in Todesnot der stolze Wenden-Fürst und hielt seinen Schild hoch über den Kopf.

Und - so ist der Sage nach überliefert - das Wunder geschah! Jaxa vermeinte zu spüren, wie der Schild und er angehoben wurden. Das Pferd, erleichtert, kam zu neuer Kraft, arbeitete sich weiter vorwärts, erfasste plötzlich mit den Hufen Grund und erreichte bald eine mit großen Eichen bestandene Landzunge am jenseitigen Ufer der Havel. In der Ferne heulten die Verfolger vor Wut und Enttäuschung. Jaxa in gleicher Art zu folgen, hatten sie nicht den Mut. Kaum an sicherem Land, sprang der Wenden-Fürst vom treuen Pferd, kniete nieder und erneuerte sein Gelöbde. Dann befestigte er Schild und Horn am stärksten Baum als Zeichen für Frieden und Übertritt zum christlichen

Glauben. Ermattet von Kampf und Flucht, doch erfüllt von neuer Zuversicht, ritt er zurück nach Copnic. Zum christlichen Glauben führte er auch seine Untertanen. Mit seinem Nachbarn Markgraf Albrecht lebte er von nun an, friedfertig geworden, in Freundschaft und Ruhe.

Die Landzunge an der Havel in Berlin-Grünwald, die - der Sage nach - im Leben des Jaxa von Copnic die beschriebene Rol-

le spielte, heißt auch noch heute „Schildhorn“. Ein Denkmal in Form einer hohen Säule erinnert „Am Schildhorn“ an die Jaxa-Sage. Der Jaxa-Turm in Gatow, Kennzeichen der vermuteten Abprangstelle des Wenden-Fürsten in die Havel, scheint heutzutage allerdings dem endgültigen Verfall preisgegeben.

von Ulrich Stahr, Kreisvorsitzender der Senioren Union



CDU TREPTOW-KÖPENICK

www.cdu-tk.de

Sie haben Interesse an

Themen, Veranstaltungen, Gesprächen

oder einer Mitgliedschaft in der Union?

Melden Sie sich bei uns! Sie bekommen schnellstmöglich eine Rückmeldung.

Bürgerbüro der CDU Treptow-Köpenick
Dörpfeldstraße 51
12489 Berlin

Telefon: 030-63979871

Fax: 030-63979872

E-Mail: info@cdu-treptow-koepenick.de

Impressum: Wir im Südosten | 4 Seiten | Herausgeber: CDU-Kreisverband Treptow-Köpenick | Dörpfeldstraße 51 | 12489 Berlin | Kontakt: Tel.: 030-63979871; Fax: 030-63979872 | E-Mail: info@cdu-treptow-koepenick.de | www.cdu-tk.de | V.i.S.d.P.: Maik Penn, MdA (Kreisvorsitzender) | Redaktion: Maik Penn, Julius Humme, Fritz Niedergesäß, Ulrich Stahr, Sigrun Möller, Julia Falkenberg, Dr. Bertram Wiczorek. | Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder.